

(Minister Clement)

- (A) Wir sollten das dann sorgfältig diskutieren, aber bitte nicht aktionistisch, Frau Kollegin Hieronymi. Das ist das, was uns hier von Ihnen angeboten wird, und das sollten wir gemeinsam nicht tun.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Wir sind nicht die SPD im Deutschen Bundestag!)

- Die SPD hat gebeten zu prüfen. All das ist doch bis dato bei uns mit Ihrer Zustimmung längst eingeleitet worden. Nun kommen Sie noch einmal mit diesem Ding, und das macht keinen Sinn.

(Zuruf des Abgeordneten Aigner [SPD]:)

Ich bin dafür, diese Frage genauso wie die Wertediskussion sehr sorgfältig zu prüfen, auch wegen des Respekts vor anderen Handelnden.

Wir sind nicht die einzigen, die wissen, wo es in der Republik langgehen sollte. Es gibt noch ein paar andere außer uns. Gelegentlich ist es ganz gut, das auch zu beachten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

- (B) **Vizepräsident Dr. Klose:** Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe hiermit die **Beratung**.

Da die beiden Tagesordnungspunkte 4 und 5 zusammengefaßt worden sind, ist jetzt nacheinander abzustimmen.

Wir haben zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion **Drucksache 11/5631** abzustimmen. Der Hauptausschuß hat in seiner **Beschlußempfehlung Drucksache 11/7896** empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU abzulehnen. Ich frage Sie, wer dieser **Beschlußempfehlung** folgen möchte. - Die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser **Beschlußempfehlung** mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion entsprochen.

Zweitens ist über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 11/7965** abzustimmen. Wer diesem **Entschließungsantrag** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -

Die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD mit der gleichen Stimmenverteilung wie vorangegangen angenommen worden.

Ich komme dann zu **Punkt 5** der Tagesordnung. Hier ist über die **Überweisung des Antrags Drucksache 11/7910** an den **Hauptausschuß** abzustimmen. Wer zustimmen möchte, der mag das Handzeichen geben. - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Das ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu **Punkt 6** der Tagesordnung:

Sechstes Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Sechstes Landesbesoldungsänderungsgesetz - 6. ÄndLBesG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/7767

erste Lesung

Der **Gesetzentwurf** wird durch den Herrn Finanzminister eingebracht. Ich erteile Herrn Finanzminister Schleißer das Wort.

Finanzminister Schleißer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht um das 6. Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen. Den Entwurf bringe ich im Namen der Landesregierung ein. Dieses Gesetz ist seit rund einem Jahrzehnt nicht mehr allgemein überarbeitet worden. Es sind seither in vielen Verwaltungsbereichen eine Reihe von Dingen geschehen. Es hat Umbenennungen, Neuerrichtungen von Einrichtungen und eine Vielzahl von besoldungsrechtlichen Vorschriften gegeben. Dies macht Änderungen und Anpassungen notwendig.

Diese Maßnahmen werden im allgemeinen kostenneutral durchgeführt. Alle Ressorts haben auf weitergehende Änderungsvorschläge verzichtet. Ich wünsche, daß wir in den Ausschüssen gute Beratungen haben werden.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) **Vizepräsident Dr. Klose:** Danke schön. - Wortmeldungen liegen hier nicht vor. Ich schließe hiermit die Beratung.

Es ist abzustimmen über die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 11/7767** an den **Haushalts- und Finanzausschuß** - federführend - und an den **Ausschuß für Innere Verwaltung**. Wer zustimmen möchte, mag das Handzeichen geben. - Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Dem ist einstimmig entsprochen.

Wir kommen zu **Punkt 7** der Tagesordnung:

Lehrermangel an Sonderschulen stoppen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 11/8018

Ich eröffne hiermit die **Beratung** und erteile Frau Kollegin Reinhardt für die antragstellende Fraktion das Wort.

(B) **Abgeordnete Reinhardt (Siegen) (CDU):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Schuldebatte heute morgen hat einmal mehr offenbart, daß die SPD in der Schulpolitik auch in Zukunft keine Prioritäten setzen wird, Bildung und Erziehung auch in Zukunft keine Kernstücke ihrer Landespolitik sein werden.

Es wäre an der Zeit gewesen, den Aderlaß, den unsere Schulen seit dem sogenannten Handlungskonzept der Landesregierung erleiden, mit allen Kräften zu stoppen und unseren Schulen wieder positive Impulse zu geben. Das wird also nicht der Fall sein.

Deshalb wollen wir der SPD die Frage stellen, ob sie selbst Notsignale weiter überhören will, Notsignale, die zum Beispiel seit Jahren von unseren Sonderschulen kommen und auf den wohl gravierendsten Lehrermangel dort aufmerksam machen. Unzählige Kleine Anfragen an die Landesregierung haben diese Signale verstärkt - bisher ohne nennenswerte Wirkung.

Ich habe der Landesregierung im Dezember 1993 in einer Kleinen Anfrage die Frage gestellt, ob denn die Eltern behinderter Kinder erst durch mas-

siven Protest in der Öffentlichkeit auf ihre Notsituation aufmerksam machen müssen, damit das Kultusministerium reagiert.

(C)

Ich habe die lapidare Antwort bekommen, daß dem Kultusministerium die Situation der Unterrichtsversorgung an Sonderschulen in meinem Kreis bekannt sei, allerdings eine sofortige Hilfe nicht möglich sei, da weder ausgebildete Lehrkräfte im Sonderschulbereich zur Verfügung stünden noch durch schulorganisatorische Maßnahmen kurzfristige Hilfen gegeben werden könnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist also die Antwort einer Landesregierung, der bekannt ist, daß die Unterversorgung in ähnlich gravierender Form schon seit vielen Jahren bestand - seit 1991 zum Beispiel mit einem Unterrichtsausfall zwischen 14 % und 37 %.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Ungeheuerlich!)

Die Konsequenz war klar. Das nächste Notsignal hieß Schulstreik. Erstmals in der Geschichte unserer Region haben sich alle Eltern aller Sonderschulen zu einer Solidargemeinschaft zusammengeschlossen, um für bessere Zukunftschancen für ihre ohnehin schon benachteiligten Kinder zu streiken. Sie erwarten jetzt Hilfe - so wie alle Sonderschulen in unserem Land mit ähnlich gravierenden Problemen auch Hilfe erwarten.

(D)

Meine Damen und Herren, Weihnachten steht vor der Tür. Da sind Menschen für eine frohe Botschaft besonders empfänglich. Ich appelliere deshalb an Sie alle hier in diesem Hohen Haus: Unterstützen Sie unseren Antrag "Lehrermangel an Sonderschulen stoppen" und fordern Sie mit uns die Landesregierung auf, unverzüglich Maßnahmen zum Abbau des Personalmangels an Sonderschulen einzuleiten, die geeignet sind,

(Minister Schwier: Die geeignet sind!)

auch langfristig eine Unterbesetzung der Sonderschulen zu verhindern und dabei unsere Lösungsvorschläge zu berücksichtigen.

Dazu gehören ganz unverzichtbar für uns:

erstens, daß die Lehrerstellen im Sonderschulkapitel des Haushalts entsprechend den tatsächli-